



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 06. März 2012

Bericht aus Berlin 5/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

vergangene Woche wurde der so genannte **Fiskalpakt**, der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ unterschrieben. In den nächsten Wochen steht nun die Ratifizierung dieses Vertrages durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat an.

Die Bundesregierung hat es lange nicht wahrhaben wollen, jetzt aber eingeräumt, dass der Vertrag eine verfassungsändernde Mehrheit benötigt und damit der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates bedarf. Die notwendige Mehrheit wird also nur zustande kommen, wenn große Teile der Opposition für eine Unterstützung gewonnen werden. Niemand kann davon ausgehen, dass diese Zustimmung eine Selbstverständlichkeit ist. Im Gegenteil, die Hürde ist hoch. SPD und Bündnis 90/ haben in einem Brief gemeinsam die Bundeskanzlerin aufgefordert, Verhandlungen mit der Opposition zu suchen.

Der Fiskalpakt ist umstritten und bleibt in seiner einseitigen Ausrichtung fragwürdig. Wir brauchen eine nachhaltige Konsolidierung der Staatshaushalte in der Eurozone. Diese kann aber nur tragfähig sein, wenn neben die Einsparungen eine Wachstums- und Investitionsstrategie zur Erneuerung der europäischen Realwirtschaft tritt, wenn die Kosten der Finanzmarktkrise gerecht verteilt sind und die Staaten auch auf der Einnahmeseite ihre



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Handlungsfähigkeit sichern. In den anstehenden Verhandlungen über die Zustimmung zum Fiskalpakt im Deutschen Bundestag wird deshalb zu reden sein über

- eine europäische Wachstums- und Investitionsinitiative,
- ein Programm zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit,
- einen klaren und verbindlichen Beschluss zur Besteuerung der Finanzmärkte.

Die Zeit der Ausreden und Ausflüchte von Schwarz-Gelb ist abgelaufen. Dabei zeigt sich immer klarer: Die Koalition ist am Ende der Gemeinsamkeiten. Es spricht Bände über ihren Zustand, wenn sie einen Koalitionsausschuss braucht, um der Stiftung Warentest 1,5 Millionen Euro zu überweisen. Das **Koalitionstreffen** von CDU, CSU und FDP am Sonntag hat keine der wirklich strittigen Fragen aufgegriffen: Alles, was Entscheidung verlangt, ist vertagt -nichts zur Pflegereform, nichts zum Mindestlohn, nichts zur Aufstockung des Eurorettungsschirms ESM und vor allem nichts zur Tarifeinheit. Die Koalition verschließt die Augen und lässt zu, dass die Tariflandschaft zerfleddert. Erst bei der Bahn, dann beim Flugverkehr, demnächst im Gesundheitswesen. Seit einem Jahr fordern wir ein Gesetz zur Tarifeinheit. Die SPD ist in Bund und Ländern handlungsbereit. Mit dem Großteil der Gewerkschaften und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) besteht Einigkeit. Nur die Bundesregierung versagt vor der Realität!

In Sachen Bildungsföderalismus hat die Koalition zuletzt auch von den eigenen Sachverständigen, im Jahresgutachten 2012 der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), kräftig Prügel bezogen. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern blockiert die Zukunft Deutschlands, sagt das Gutachten. So hat sich Schwarz-Gelb jetzt drängen lassen, das Grundgesetz für eine gemeinsame Finanzierung der Hochschulen zu ändern. Mit einer durchgreifenden Aufhebung des Kooperationsverbotes, wie wir sie wollen, hat das aber nichts zu tun. Denn die Schulen bleiben außen vor, für sie soll das Kooperationsverbot bleiben. Angesichts der steigenden Anforderungen beim Ganztagschulenausbau und angesichts eines wachsenden Modernisierungsstaus ist das kläglich. Die EFI-Gutachter schreiben: „Der Innovationsstandort Deutschland droht Schaden zu nehmen, wenn die Bundesregierung es nicht schafft, das deutsche Ausbildungssystem zu verbessern.“ Das bedeutet, wir müssen von Grund auf mehr tun, um Talente zu fördern. Ohne bessere Schulen werden wir auf Dauer auch die Spitzenleistungen nicht sichern können. Wir werden einer AlibiGrundgesetzänderung, die nur einige ausgewählte Hochschulen betrifft, Ganztagschulen aber ignoriert, nicht zustimmen. Das Kooperationsverbot muss weg, es ist ein Irrweg. Es kommt Deutschland teuer zu stehen. Wir haben einen guten Vorschlag zu einer Grundgesetzänderung in den Bundestag eingebracht. Die Bundesregierung sollte auf ihre eigenen Gutachter hören und sich nicht länger verweigern.

Was die Koalition schließlich zur gewaltigen Herausforderung durch den demografischen Wandel sagt, ist reine Wohlfühlrhetorik. Da gilt das Gebot: An ihren Taten sollt Ihr sie messen! Zuerst nimmt die Koalition den Kommunen durch Steuersenkungen auf Pump Milliarden von Euro weg. Sie hält mit dem „Betreuungsgeld“ Frauen vom Beruf und Kinder von der Bildung weg und verschwendet dafür zwei Milliarden Euro, die wir zum Ausbau von GanztagsKita-Plätzen dringend gebrauchen können. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

dreijährige Kinder in 2013 ist akut in Gefahr. Schließlich streitet die Koalition auch noch ergebnislos über Frauenquoten für

Führungspositionen und nimmt hin, dass Frauen systematisch schlechter bezahlt und steuerrechtlich benachteiligt werden. Dann aber beklagt sie sich in einem Demografiebericht über den Mangel an Frauen im Beruf, über Defizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und will den Kommunen zusätzliche Aufgaben der Daseinsvorsorge zuweisen. Die so genannte „Demografiestrategie“ ist Merkels Aktion Feigenblatt.

Am 8. März ist der Internationale Frauentag. Wir bringen in dieser Woche unseren Gesetzentwurf für mehr Frauen in Führungspositionen in den Bundestag ein. Noch im März werden wir dann in einem Antrag zeigen, wie Entgeltgleichheit von Frauen und Männern vorangebracht werden kann.

Bei der **Organspende** hat es nach langen Verhandlungen nun endlich ein Ergebnis gegeben. Ich freue mich, dass wir die anderen Parteien von unserer Idee einer Entscheidungslösung überzeugen konnten. Das ist gut, denn wir müssen dringend etwas tun, um die Bereitschaft zur Organspende zu erhöhen: *Jedes Jahr sterben 1.000 Menschen, denen mit einer Organspende hätte geholfen werden können.* Nun sollen alle Erwachsenen regelmäßig durch die Krankenkassen nach ihrer Haltung zur Organspende befragt werden, erstmalig in diesem Jahr. In einer zweiten Stufe schaffen wir die Möglichkeit, die Entscheidung direkt auf der elektronischen Gesundheitskarte zu speichern. Wir werden diese Forderungen in Form eines Gruppenantrages nun rasch ins Parlament einbringen.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte einführen

Der Anteil von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen stagniert auf niedrigem Niveau. Die Vereinbarung mit der Wirtschaft vor zehn Jahren hat nicht die gewünschten Fortschritte gebracht. Lediglich 3,7 Prozent der Vorstände in DAX-30-Unternehmen sind Frauen. In den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil bei 15,7 Prozent. Da Freiwilligkeit nicht zur Chancengleichheit führt, sind gesetzliche Vorgaben vonnöten. Unser Gesetzentwurf sieht eine geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen vor. Ab 2013 soll für Neubesetzungen in Aufsichtsräten eine Mindestquote von 30 Prozent gelten. In Vorständen müssen 20 Prozent erreicht werden. Ab 2015 sind 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände verpflichtend. Bei mitbestimmten Unternehmen müssen die Quoten auf Aktionärsseite und auf Arbeitnehmerseite eingehalten werden. Wird die Quote nicht erfüllt, bleiben die Plätze in Aufsichtsrat und Vorstand unbesetzt. Ein unterbesetzter Aufsichtsrat wird nach einem Jahr beschlussunfähig. Bei Vorständen gehen die Rechte danach auf den Aufsichtsrat über. Die Bundesregierung hat dem Bundestag alle zwei Jahre über die Umsetzung des Gesetzes Bericht zu erstatten.

Gleichberechtigung in Entwicklungsländern fördern

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein völkerrechtlich verankertes Menschenrecht und ein zentrales UN-Millenniumsziel. Um die Lebensbedingungen der armen Weltbevölkerung zu verbessern, muss vor allem die Rolle der Frau gestärkt werden. Dies hat nachhaltige Auswirkungen auf Armutsverringerung, Gesundheitsniveaus, Lebenserwartung und Wirtschaftswachstum. In einem interfraktionellen Antrag mit CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Gender-Aktionsplan fortzuführen. Alle nationalen und internationalen Maßnahmen, die Frauen stärken und schützen, müssen gefördert werden. Geschlechtersensible Entwicklungszusammenarbeit soll auch auf der Ebene der Europäischen Union und der UN finanziell unterstützt werden.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Leid der „Trostfrauen“ anerkennen und wiedergutmachen

Als „Trostfrauen“ werden Hunderttausende asiatische Mädchen und Frauen bezeichnet, die während des Zweiten Weltkriegs in von Japan besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. Japan hat sich einer angemessenen Aufarbeitung dieser Verbrechen bislang verweigert. UN-Resolutionen haben jedoch auf die Verantwortung Japans für die Menschenrechtsverletzungen hingewiesen und den Opfern das Recht auf Einzelentschädigung zugesprochen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, auf die Umsetzung der UN-Resolutionen hinzuwirken. Die Arbeit der UN-Einheit für Geschlechtergerechtigkeit sowie der UN-Sonderberichterstatteurin für sexuelle Gewalt gegen Frauen in Konflikten muss unterstützt werden. In den bilateralen Beziehungen zu Japan und bei den UN soll darauf hingewirkt werden, dass die Menschenrechtsverletzungen als solche anerkannt und die Verantwortlichen bestraft werden. Die überlebenden Opfer sollen eine offizielle Entschuldigung erhalten und entschädigt werden. Dies entspricht den wichtigsten Forderungen der Trostfrauenverbände.

Hochschulzulassung reformieren

Die Einführung eines Online-Verfahrens für die Hochschulzulassung ist zum zweiten Mal gescheitert. Die steigende Zahl von Studienanfängerinnen und Studienanfängern kann daher in den nächsten zwei Jahren nur ineffizient bewältigt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, umgehend ein neues Zulassungsverfahren einzurichten. Dafür müssen zusätzliche Bundesmittel bereitgestellt werden. Unbesetzte Studienplätze sollen bis dahin vergeben werden. Die gescheiterten Projekte müssen evaluiert werden, damit politische und verfahrenstechnische Fehler bei zukünftigen Projekten vermieden werden können.

Sicherungsverwahrung neu regeln

Die Regeln zur Sicherungsverwahrung sind verfassungswidrig. Bis Mai 2013 müssen die Leitlinien gesetzlich neu geregelt werden. Dabei geht es vor allem um den mangelnden Abstand zwischen Strafvollzug und Sicherungsverwahrung. In unserem Antrag begrüßen wir die Regelungen zur Unterbringung in der Sicherungsverwahrung und des vorhergehenden Strafvollzugs aus dem



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums. Dennoch fordern wir die Bundesregierung auf, den Katalog der Straftaten, bei denen eine Sicherungsverwahrung angeordnet werden kann, auf schwerste Gewalt- und Sexualdelikte zu beschränken. Eine nachträgliche Therapieanordnung muss möglich sein, wenn nach der Verurteilung Tatsachen bekannt werden, die auf eine erhöhte Gefahr von schwersten Gewalt- oder Sexualstraftaten hindeuten.

Biobanken ausbauen

Biobanken sammeln Gewebeproben und medizinische Daten für genetische Forschung. Ihr wissenschaftliches Potenzial wird angesichts des zunehmenden Risikos des Missbrauchs von Proben und Daten intensiv diskutiert. Eine umfassende gesetzliche Regelung fehlt bisher. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Umgang mit Proben sowie die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten gesetzlich zu regeln. Auch alternative einzelgesetzliche Regelungen sind zu prüfen. Die wissenschaftliche Bedeutung und das Forschungspotenzial der Biobanken dürfen nicht gefährdet werden. Biobanken sollen weiter ausgebaut werden. Das hohe deutsche Datenschutzniveau muss dabei im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gesichert werden. Das Konzept der „informierten Zustimmung“ ist im Hinblick auf die Probenspender einzuhalten und weiterzuentwickeln.

Musikförderung ganzheitlich gestalten

Die Musikförderung des Bundes umfasst sowohl klassische Musik als auch Rock- und Popmusik. Dennoch gibt es kein ganzheitliches Musikförderkonzept. Mit unserer Großen Anfrage wollen wir die Ziele, Schwerpunkte und Kriterien der Musikförderung des Bundes heraus arbeiten. Es soll festgestellt werden, inwieweit die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bereits umgesetzt worden sind. Unsere Fragen berühren sämtliche Musikrichtungen, ihre Finanzierung sowie rechtliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte. Ausführliche Fragenkomplexe widmen sich einzelnen Institutionen der Musikförderung wie der „Initiative Musik“ oder dem „Deutschen Musikrat“.



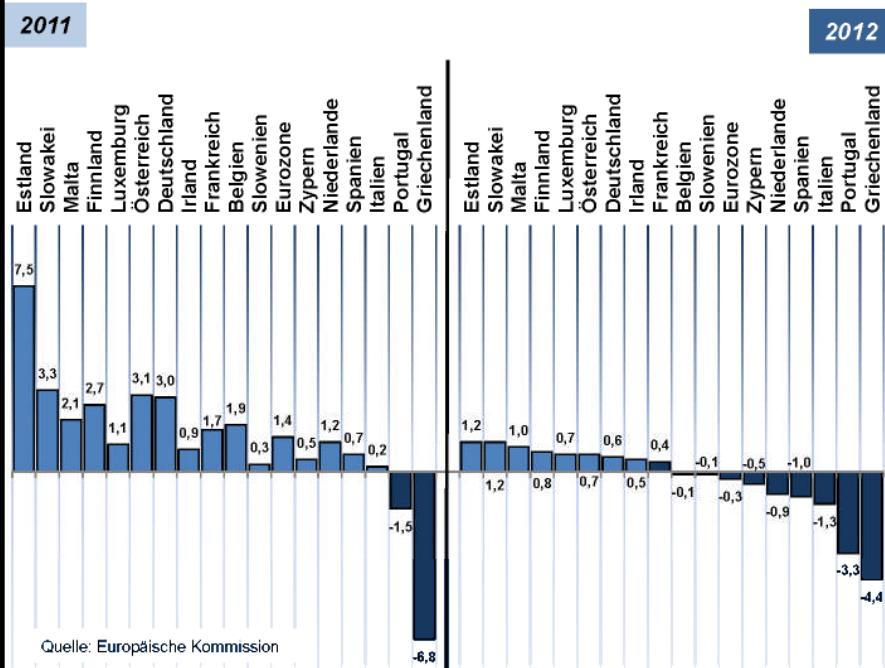
Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Die Eurozone geht in die Rezession

Wirtschaftswachstum in %



Die Wirtschaft der Eurozone wird 2012 schrumpfen – so lautet die aktuelle Prognose der EU-Kommission. Die Kommission erwartet, dass die Folgen der Finanzmarktkrise die Wirtschaftsleistung der 17 Euro-Länder um 0,3 % unter die des Jahres 2011 drücken wird. Damit korrigierten die Experten ihre Prognose vom Herbst 2011, die noch ein kleines Plus von 0,5 % für möglich hielt. Die stärkste Rezession trifft Griechenland (minus 4,4 %), aber auch Portugal (minus 3,3 %), Italien (minus 1,3 %), Spanien (minus 1 %) und sogar die Niederlande (minus 0,9 %) brechen ein. Deutschland kann es mit seiner eng verflochtenen Exportwirtschaft auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Wenn die Schulden tragfähigkeit der Eurostaaten nachhaltig wieder hergestellt werden soll, braucht Europa eine Wachstumsstrategie.

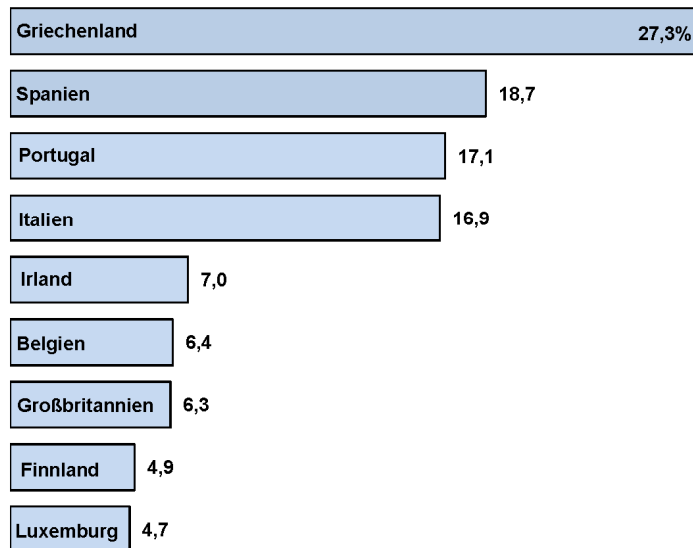


Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Firmenpleiten in Europa

In Westeuropa meldeten im Jahr 2011 insgesamt 175.000 Unternehmen Insolvenz an. Veränderungen im Vergleich zu 2010:



Quelle: Creditreform

Die Folgen der Finanzmarktkrise treiben immer mehr Firmen in die Pleite. 2011 meldeten in Griechenland 27 % mehr Unternehmen Insolvenz an als im Jahr zuvor. In Spanien, Portugal und Italien stieg die Zahl zwischen 16,9 und 18,7 %. Durch Firmenpleiten in Westeuropa gingen 2011 rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt auf zum Teil über 40 %. Auch in einigen Ländern Osteuropas verschärfte sich die Lage im Krisenjahr 2011: In Bulgarien hat sich die Zahl der Firmenpleiten mehr als verdoppelt. Auch in Slowenien, Tschechien und Ungarn stieg die Zahl deutlich zweistellig. Europa braucht mehr als die Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Wir brauchen dringend eine Strategie der realwirtschaftlichen Erneuerung. Die Unternehmensfinanzierung muss stabilisiert, Investitionen müssen erhöht, Kaufkraft und Nachfrage müssen gerade in den stärkeren europäischen Staaten wie Deutschland gesichert werden.